

# bankassurance + allfinanz

## Altersvorsorge: Neue Produkte

Den Deutschen droht im Alter eine größere Versorgungslücke als bislang angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine empirische Studie der Ruhr-Universität Bochum im Auftrag von Fidelity Worldwide Investment. Gingen Schätzungen bisher davon aus, dass zur Sicherung des Lebensstandards im Alter rund 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens gebraucht werden, ist diese Quote demnach mit 87 Prozent tatsächlich deutlich höher. Für einen Standardrentner wären das 350 Euro pro Monat netto mehr als bislang angenommen.

Angesichts eines Nettorentenniveaus von nur noch 55 Prozent im Jahr 2013 auf Basis der vorläufigen Zahlen beträgt die Versorgungslücke also statt der bislang angenommenen zehn Prozentpunkte stolze 32 Prozentpunkte, bei lückenhafter Erwerbsbiografie sogar 40 Prozentpunkte. Nach derzeitigem Stand fehlen einem Standardrentner selbst bei lückenloser Erwerbsbiografie somit künftig monatlich 650 Euro netto.

Diese Vorsorgelücke ist in Niedrigzinszeiten schwieriger zu schließen als je zuvor. Nicht umsonst wiederholt beispielsweise der DSGVO gebetsmühlenartig (wenngleich mit mäßigem Erfolg), dass Verbraucher in Deutschland mindestens zehn Prozent ihres Einkommens in die Vorsorge investieren müssten.

69 Prozent der europäischen Altersvorsorgeanbieter rechnen deshalb mit „drastischen Maßnahmen“ der europäischen Regierungen, um die Finanzierungslücke in der Altersvorsorge in den kommenden fünf Jahren zu schließen, so eine

Studie der Economist Intelligence Unit (EIU) im Auftrag der State Street Corporation. Dabei halten sie sowohl die obligatorische Altersvorsorge als Opting-Out-Modell als auch weitere finanzielle Anreize vom Staat für wahrscheinlich. Und sie erwarten einen in den USA schon länger zu beobachtenden Trend, dass die Anleger zunehmend die Verantwortung für die Anlageentscheidung übernehmen müssen.

Politische Entscheidungen zur Sache sind freilich Unwägbarkeiten, die den Kunden die Entscheidung für diese oder jene Vorsorgemaßnahme nicht einfacher machen und damit den Vertrieb erschweren – was wiederum die Vorsorgelücke weiter steigen lässt.

### Flexiblere Produkte

Ein Trend hat sich mittlerweile herausgebildet: Langfristigkeit bei Anlageentscheidungen stößt bei den Verbrauchern nur noch auf begrenzte Resonanz. „Mittelfristig ist die neue Zeitrechnung“ resümiert die Cosmos Direkt auf Basis einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2012. Demnach wäre für 69 Prozent der Befragten eine längerfristige Finanzplanung zwar möglich. Tatsächlich praktiziert wird sie aber nur von 23 Prozent, während 56 Prozent mittelfristig und 19 Prozent nur kurzfristig planen. Auch eine im Juni dieses Jahres veröffentlichte Apano-Trendstudie belegt: Jeder zweite Privatanleger verfügt über einen mittelfristigen Anlagehorizont zwischen drei und fünf Jahren.

Das hat auch Auswirkungen auf die Vorsorgeprodukte. Immer mehr Anbieter haben flexible Produkte im Angebot, die je

nach Bedarf als kurzfristige Geldanlage oder auch als langfristige Altersvorsorge genutzt werden können. Bei den neuen Produkten

- lässt sich der Beginn der Rentenzahlung verschieben,
- können Zahlungen während der Laufzeit ausgesetzt werden,
- können größere Beträge eingezahlt oder abgerufen
- oder Zusatzversicherungen individuell angepasst werden. Beispielsweise hat die R+V eine Rentenversicherung angekündigt, bei der die Rentenzahlung sich im Pflegefall erhöht.

### Flexible Garantien als Vertriebshindernis?

Solche erweiterten Möglichkeiten kommen dem Vertrieb zweifelsohne zupass. Denn mit mehr Flexibilität lassen sich auch solche Kunden ansprechen, die sich nicht langfristig binden wollen.

Ob das auch für die Versuche der Anbieter gilt, behutsam von den immer schwieriger zu finanzierenden Langfristgarantien abzurücken, ist eine ganz andere Frage. Wo der Kunde sich etwa entscheiden muss, ob er den Rechnungszins zum Zeitpunkt des Abschlusses oder bei Beginn der Rentenzahlung in Anspruch nehmen wird, wird die Abschlussentscheidung vermutlich schwerer fallen. Und die neuerdings in verschiedenster Form wiederbelebten Fondspolizen erfreuen sich ohnehin unverändert nicht eben der größten Akzeptanz.